

Das Neutralitätsgebot

Vortrag und Diskussion
mit Prof. Dr. Friedhelm Hufen

Mit einer Melde-Plattform für politische Äußerungen von Lehrer_innen sorgt die AfD gerade in vielen Bundesländern bei Lehrkräften, Eltern und Schüler_innen für Irritationen. Erklärtes Ziel der Plattform ist es, für die Einhaltung eines „schulischen Neutralitätsgebotes“ zu sorgen.

Auch Träger der politischen Bildung sehen sich zunehmend Vorwürfen ausgesetzt, sie würden mit ihrer Arbeit gegen Neonazismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen ein solches Gebot verstößen.

Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen in Sachsen 2019 fragen sich viele aus öffentlichen Mitteln geförderte Vereine und Initiativen, welche Themen sie mit ihren Veranstaltungen und Aktivitäten aufgreifen können – und welche nicht.

Was hat es also mit diesem „Neutralitätsgebot“ auf sich? Handelt es sich dabei um einen rechtlichen „Maulkorb“ für die politische Bildung? Wie viel politische Neutralität müssen sich Träger der politischen Bildung auferlegen?

05.12.2018 19:30 Uhr | Dresden

Beratung, Unterstützung, Prävention,
gegen Extremismus für Demokratie

Demokratiezentrum
Sachsen

tolerantes sachsen 

Ein rechtlicher
Maulkorb für
die politische
Bildung?

Der Jurist Prof. Dr. Friedhelm Hufen vertritt die These, dass politische Bildungsarbeit nie „neutral“ im Sinne von „politisch indifferent“ sein kann. Die Offenheit des politischen Diskurses und der Kritik gehört demnach zu den Kernelementen der verfassten Demokratie und darf nicht durch Neutralität, politische Zurückhaltung und Äquidistanz zu politischen Kräften eingeblendet werden.

In seinem Vortrag stellt Prof. Hufen die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Neutralitätsgebotes vor und legt dar, was daraus für die politische Bildungsarbeit privater Träger und Veranstaltungen kommunaler Träger folgt.

Anschließend wird es die Möglichkeit zur Diskussion geben.

DER REFERENT

Prof. Dr. Friedhelm Hufen ist Professor für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und war Mitglied des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz.

Zum Thema des Vortrags hat er kürzlich einen Aufsatz in der Zeitschrift *Recht der Jugend und des Bildungswesens* veröffentlicht.

KONTAKT

Förderverein Tolerantes Sachsen e.V.
Koordination
Frank Schubert
Domplatz 5
04808 Wurzen

Tel: 03425 82 999 59
Mobil: 0177 466 06 51

E-Mail: buero@tolerantes-sachsen.de
Internet: www.tolerantes-sachsen.de



facebook.com/tolsax
#TolSaxKonkret

VERANSTALTUNGSORT

Ladenlokal des
Herbert-Wehner-Bildungswerks
Kamenzer Straße 12
01099 Dresden

ANREISE

Das Herbert-Wehner-Bildungswerk
befindet sich in der Dresdener
Neustadt.

Zur Karte



Der Veranstaltungsort ist
leider nicht barrierefrei
zugänglich.

Wenden Sie sich bei Fragen gerne an
die Koordination des Netzwerks
Tolerantes Sachsen.

ANTIDISKRIMINIERUNGSREGEL

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechten Parteien oder Organisationen angehören, der rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Veranstalter ist das Netzwerk Tolerantes Sachsen, vertreten durch die Sprecher_innen-Gruppe.

»Politische
Bildungsarbeit
kann nie
›neutral‹ im
Sinne von
›politisch
indifferent‹
sein.«

Prof. Dr. Friedhelm Hufen

TOLSAX-KONKRET

Eine Veranstaltung zusammen mit der
Landeskoordinierungsstelle des
Demokratie-Zentrum
Sachsen

Beratung, Unterstützung, Prävention.
gegen Extremismus für Demokratie.

Demokratiezentrum
Sachsen

GEFÖRDERT DURCH

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.



STAATSMINISTERIUM
FÜR SOZIALES UND
VERBRAUCHERSCHUTZ



Freistaat
SACHSEN

Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration